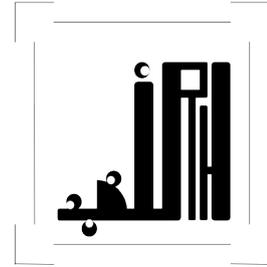


BISMILLAHIR-RAHMANIR-RAHIM
Mit dem Namen ALLAHs, Des Allgnade Erweisenden, Des Allgnädigen

Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH
Postfach 100545, 35335 Gießen
www.irh-info.de – info@irh-info.de



Demonstration

Fulda, den 23. November 2024

„Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten und Geltung des Völkerrechts für alle Staaten“

Rede von Ramazan Kuruyüz, des Vorsitzenden der IRH

As-salamu aleikum wa rahmatullah! Friede und Gnade Allahs/Gottes mögen auf euch sein!

Bismil-lahir-rahmanir-rahim

Mit dem Namen Allahs, des Allgnade Erweisenden, des Allgnädigen

Verehrte Fuldaerinnen und Fuldaer!

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde!

Vor meiner heutigen Hauptrede möchte ich ein Missverständnis bezüglich der Terminänderung unserer ursprünglich für den 9. November geplanten Demonstration in Fulda klären.

Im Rahmen unserer vierten hessenweiten Demonstrationsreihe findet seit dem 12. Oktober bis zu den Weihnachtsferien jeden Samstag eine Veranstaltung in einer hessischen Stadt unter dem Motto „Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten und Geltung des Völkerrechts für alle Staaten“ statt. Für den 9. November war ursprünglich Fulda vorgesehen.

Auf Wunsch unseres Mitveranstalters, der Fuldaer Palästina-Studierendengruppe, haben wir den Termin in Fulda jedoch auf den 23. November verschoben. Obwohl wir als Hauptveranstalter, die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen, den ursprünglichen Termin bevorzugten, haben wir den einstimmigen Wunsch der Studierenden in Fulda respektiert. Den genauen Hintergrund dieser Verlegung, der im Pressebericht der *Fuldaer Zeitung* vom 6. November möglicherweise missverstanden dargestellt wurde, hatte ich bereits am Anfang beim Kooperationsgespräch mit dem Ordnungsamt und der Polizei am 29. Oktober erklärt.

Das bedeutet: Wir haben keinen Rückzieher gemacht, sondern die Veranstaltung am 9. November in Darmstadt verantwortungsvoll umgesetzt. Wir wissen, was wir tun, und handeln in vollem Bewusstsein unserer Verantwortung – dafür bedarf es keiner Belehrung von außen. Die Demonstration am 9. November war keineswegs als Provokation gedacht – und war aus unserer Sicht und Überzeugung auch keine. Vielmehr wollten wir ein klares Zeichen setzen: Unser entschiedener Einsatz gegen Völkermorde – in Vergangenheit und Gegenwart – kennt weder Komplexe noch Ängste. Diese Veranstaltung sollte von allen als respektvolles Gedenken an die Vergangenheit und als ein Appell

für die Gegenwart und Zukunft verstanden werden, anstatt sie reflexartig und automatisch abzulehnen oder darauf voreingenommen zu reagieren. Aus diesem Grund haben wir unsere Veranstaltung am 9. November nach Darmstadt verlegt, wo sie – wie ursprünglich geplant – als Schweigemarsch stattfand. Dort gedachten wir sowohl der Opfer des Völkermords vor 86 Jahren in Deutschland und Europa als auch der Opfer des aktuellen Völkermords in Gaza. Unser Motto an diesem Tag lautete:

„Vergangene Völkermorde nicht vergessen! – Aktuelle Völkermorde nicht ignorieren!“

Ich hoffe, dass ich mit dieser Erklärung das entstandene Missverständnis ausräumen konnte.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde!

Wir stehen heute hier, weil wir an Gerechtigkeit glauben. Doch was wir im Nahen Osten und in der Welt sehen, ist das Gegenteil: die Herrschaft des Stärkeren über das Recht. „Das Recht des Stärkeren ist das größte Unrecht!“. Wenn mächtige Staaten – wie Banditen und Terroristen – Recht und internationale Gesetze ignorieren und ihre Interessen mit Gewalt durchsetzen, leiden vor allem die Schwächsten: wehrlose Kinder, Frauen und Zivilisten. Wir fordern ein Ende dieses Unrechts und sagen klar und deutlich: Das Völkerrecht gilt für alle Staaten, unabhängig davon, wie mächtig oder einflussreich sie sein mögen!

Internationaler Gerichtshof der Vereinten Nationen verurteilte in seinem Gutachten vom 19. Juli 2024 die anhaltende Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel als völkerrechtswidrig und illegal. Der Internationale Gerichtshof hat klar festgestellt: Israels Besetzung, die Enteignungen und die systematische Diskriminierung der Palästinenser verletzen grundlegende Prinzipien des Völkerrechts. Was Israel seit 76 Jahren in Gaza und Palästina macht, ist nach dem Gutachten des Gerichts ein System der Apartheid. Das Gericht rief Israel dazu auf, die Besetzung der Gebiete so schnell wie möglich aufzuheben, sämtliche Aktivitäten zur Besiedlung des Westjordanlands und Ostjerusalems unverzüglich einzustellen und die jüdischen Siedler zu evakuieren. Israel müsse zudem Reparationen an alle Palästinenser bezahlen, die durch die anhaltende Besetzung Schäden erlitten hatten.

Dieses Urteil ist nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine moralische Botschaft an die Welt. Kein Staat darf diese Besetzung weiter unterstützen oder rechtfertigen. Dies gilt auch für Deutschland! Die Zeit des Schweigens und der Doppelmoral muss vorbei sein. Ohne Gerechtigkeit kann es keinen Frieden geben. Der Weg zur Versöhnung zwischen dem palästinensischen und israelischen Volk führt nur über die Gerechtigkeit.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

heute stehen wir hier, um ein klares Signal zu setzen – für Gerechtigkeit, für Frieden und für die Einhaltung des Völkerrechts!

An dieser Stelle begrüße ich die vorgestrige Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs, Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister Netanjahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Gallant zu erlassen. Dieser Schritt ist längst überfällig, um die schrecklichen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Gazastreifen zu untersuchen. Es ist höchste Zeit, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen!

Die Anklagepunkte gegen Netanjahu und Gallant sind erschütternd: vorsätzliche Tötungen, unmenschliche Handlungen, die Verweigerung von lebenswichtigen Gütern wie Nahrung, Wasser, Medizin und Strom – all das hat zu einer humanitären Katastrophe geführt, die gegen jedes Prinzip des Völkerrechts verstößt.

Liebe Freundinnen und Freunde der Gerechtigkeit,

wir stehen heute hier, um die Wahrheit zu verteidigen und mutig auszusprechen, was andere zu verschweigen oder zu vertuschen versuchen. Doch wie reagiert Israels Premierminister Benjamin Netanjahu auf den internationalen Haftbefehl gegen ihn? Er nennt die Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs „antisemitisch“! Das ist nicht nur eine perfide Verdrehung der Tatsachen, sondern eine gefährliche Strategie, um die Aufmerksamkeit von seinen Verbrechen abzulenken.

Diese rhetorische Ablenkung ist mehr als nur eine Verleumdung des Gerichts. Es ist ein direkter Angriff auf die Legitimität des internationalen Rechts und eine gezielte Manipulation der globalen Öffentlichkeit. Antisemitismus als Schutzschild für Kriegsverbrechen zu missbrauchen, ist schändlich und absolut inakzeptabel!

Doch Netanjahu ist nicht allein. Seit Jahrzehnten starten zionistische Israel-Lobbyisten vor allem in Deutschland immer wieder reflexartig Antisemitismus-Debatten, nicht nur seit dem 7. Oktober 2023, um Israels Kriegsverbrechen und die systematische Unterdrückung des palästinensischen Volkes zu verschleiern. Wir sagen klar und deutlich: Kritik an einem Staat, der Menschenrechte verletzt und das Völkerrecht verachtet, ist kein Antisemitismus. Es ist eine moralische Pflicht!

Antisemitismus ist eine reale Bedrohung, und der Kampf dagegen ist unverzichtbar. Aber wenn die ser Kampf instrumentalisiert wird, um Völkerrechtsbrüche und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verdecken, dann ist das ein Verrat an den wahren Opfern des Genozids in Gaza und der Kriegsverbrechen in der ganzen Region. Unsere Botschaft ist unmissverständlich: Antisemitismus hat keinen Platz in unserer Gesellschaft, genauso wenig wie antimuslimischer Rassismus und jede andere Form von Rassismus. Wir stehen für Menschenrechte, für Gerechtigkeit und für das Völkerrecht.

Wir werden nicht zulassen, dass der Kampf gegen Antisemitismus missbraucht wird, um Kriegsverbrechen und Völkermord zu rechtfertigen! Unsere Stimme wird nicht schweigen, bis die Wahrheit ans Licht kommt und Gerechtigkeit für die Unterdrückten dieser Welt siegt.

Netanjahu als Kriegsverbrecher und Kindermörder reagiert auf den Haftbefehl nicht überraschend, da er sowohl Täter als auch Beschuldigter ist. Doch die Reaktion von Dr. Josef Schuster, dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, ist untragbar. Statt den Internationalen Strafgerichtshof zu respektieren, stellt er sich hinter eine rechtsextreme Regierung, die für unvorstellbare Kriegsverbrechen und die humanitäre Katastrophe in Gaza verantwortlich ist. Herr Dr. Schuster, wie können Sie als Vertreter einer jüdischen Religionsgemeinschaft die Tötung von 50.000 Zivilisten, darunter 20.000 Kinder, als Selbstverteidigung rechtfertigen? Diese Taten widersprechen den grundlegenden ethischen Prinzipien des Judentums. Ich appelliere an Sie, Herr Schuster, und an den Zentralrat der Juden: Besinnen Sie sich auf die abrahamischen Werte, die uns verbinden, und setzen Sie sich für das humanitäre Völkerrecht ein.

Unsere Kritik gilt auch für die israelische Gesellschaft. Die strafrechtliche Verantwortung für die Verbrechen liegt zweifellos bei den politischen und militärischen Führern Israels. Doch die Rolle der israelischen Gesellschaft darf nicht unbeachtet bleiben. Denn große Teile der israelischen Bevölkerung haben durch Schweigen, Zustimmung oder sogar aktive Unterstützung dazu beigetragen, dass diese Verbrechen ungehindert fortgesetzt werden konnten. Die wiederholte Wahl von Politikern wie Netanjahu, die eine Politik der Besatzung, der Apartheid und des Völkermords vertreten, zeigt eine erschreckende Akzeptanz dieser rassistischen und barbarischen Politik in großen Teilen der israelischen Gesellschaft.

Noch besorgniserregender ist das Fehlen eines breiten Widerstands gegen dieses Apartheitsregime. Diese stillschweigende Duldung und Unterstützung tragen entscheidend dazu bei, dass die völkerrechtswidrigen Verbrechen Israels weitergehen. Schweigen macht mitschuldig! Eine Gesellschaft hat die moralische Pflicht, Unrecht zu erkennen und dagegen aufzustehen.

Es ist an der Zeit, dass die israelische Gesellschaft ihre Rolle in diesem Völkermord und diesen Kriegsverbrechen endlich kritisch reflektiert und sich für einen echten Wandel einsetzt. Nur durch eine ehrliche Auseinandersetzung mit der eigenen Mitverantwortung kann es eine gerechte und friedliche Zukunft für alle geben.

Liebe Friedliebenden!

Hier und heute richte ich öffentlich folgende Fragen an alle, von der Bundes- und Landesregierung bis zu den Vertretern auf kommunaler Ebene, die Israels Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit als Selbstverteidigung rechtfertigen:

Kann es Selbstverteidigung sein, wenn Tausende unschuldiger Kinder und Babys brutal getötet werden? Wenn ganze Familien ausgelöscht werden? Wenn Journalistinnen und Journalisten gezielt angegriffen werden, nur weil sie die Wahrheit dokumentieren wollen?

Ist es Selbstverteidigung, ein dicht besiedeltes Gebiet wie Gaza in Schutt und Asche zu legen, Millionen Menschen ohne Wasser, Nahrung oder Strom zurückzulassen? Ist es Selbstverteidigung, Krankenhäuser zu bombardieren, in denen Schwerverletzte um ihr Leben ringen?

Wenn Schulen, Moscheen, Kirchen, Flüchtlingsheime und UN-Schutzeinrichtungen zu Zielscheiben werden – kann das wirklich als Verteidigung gerechtfertigt werden?

Ist es Selbstverteidigung, all das mit der fadenscheinigen Begründung zu rechtfertigen, man bekämpfe vermeintliche „menschliche Schutzschilde“? Ist es Menschlichkeit, solche Ausreden zu akzeptieren? Ich frage euch: Wo ist die Grenze? Wie viele unschuldige Leben müssen noch verloren gehen, bis wir erkennen, dass dies keine Selbstverteidigung ist? Es ist gezielte Gewalt – systematisch, unbarmherzig, gegen das entrechtete palästinensische Volk.

Ich frage: Wie viele Leben müssen noch ausgelöscht werden, bis diese Gräueltaten als das benannt werden, was sie sind?

Statt die Verbrechen klar zu verurteilen, wiederholen viele Medien und Politiker das Narrativ der „Selbstverteidigung“. Sie ignorieren die historische Realität: 76 Jahre Unterdrückung, Vertreibung, systematische Apartheid – ein Volk, dem Freiheit und Würde genommen wurden.

Das sogenannte „Recht auf Selbstverteidigung“ darf niemals ein Freibrief für Kriegsverbrechen sein! Es darf nicht als Deckmantel dienen, um das Völkerrecht zu brechen. Es darf keine Entschuldigung für Massaker und Vertreibung sein! Das humanitäre Völkerrecht wurde geschaffen, um genau solche Gräueltaten zu verhindern – nicht, um sie zu legitimieren. Wir stehen hier, um die Wahrheit einzufordern. Wir stehen hier, um den Opfern eine Stimme zu geben. Und wir stehen hier, um klar zu sagen: Jeder, der schweigt oder wegsieht, macht sich mitschuldig.

Deshalb sagen wir hier und heute: Genug ist genug!

Es liegt an uns, diese Doppelmoral zu durchbrechen und eine Welt zu fordern, in der Gerechtigkeit und Menschlichkeit über Macht und Gewalt siegen. Lasst uns gemeinsam für eine Zukunft eintreten, die auf Wahrheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden baut.

Es liegt an uns allen, aufzustehen. Es liegt an uns, diese Doppelmoral zu entlarven und eine Welt zu fordern, in der Menschenrechte geachtet, Völkerrecht verteidigt und jedes Leben geschützt wird.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde!

Heute stehen wir an einem entscheidenden Punkt – nicht nur für die Gerechtigkeit, sondern auch für die Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaats Deutschland. Der EU-Chefdiplomat Josep Borrell hat mit klaren Worten die Verantwortung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten betont: Der internationale Haftbefehl gegen Benjamin Netanyahu und andere Kriegsverbrecher ist bindend für alle EU-Staaten.

Die Mitgliedsländer der Europäischen Union sind verpflichtet, den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs umzusetzen. Und Borrell hat es unmissverständlich gesagt: "Die Entscheidung des Gerichtshofs muss respektiert und umgesetzt werden!" Es geht hier nicht nur um eine politische Entscheidung – es geht um die Umsetzung von Recht und Gerechtigkeit auf internationaler Ebene.

Deutschland, als Mitgliedstaat der Europäischen Union, trägt eine besondere Verantwortung. Wir können nicht länger tatenlos zusehen, wie Kriegsverbrecher in der Welt umherreisen und in Ländern wie unserem Schutz finden. Deutschland muss jetzt handeln! Wir können nicht länger wegsehen, wenn das Völkerrecht mit Füßen getreten wird. Der internationale Haftbefehl gegen Netanyahu und Gallant ist ein klarer Aufruf zur Verantwortung. Es geht um den Respekt vor dem Völkerrecht und dem Schutz der Opfer der Kriegsverbrechen, die diese Männer zu verantworten haben.

Deutschland ist als Mitgliedstaat der Europäischen Union und Vertragspartner des Internationalen Strafgerichtshofs verpflichtet, diesen Haftbefehl umzusetzen und die Verbrecher vor Gericht zu bringen. Alles andere wäre ein Verrat an den Opfern und eine gefährliche Missachtung des internationalen Rechts. Unser Rechtsstaat steht auf dem Spiel. Wir fordern die Bundesregierung auf, sofort zu handeln und sich nicht weiter von politischen und wirtschaftlichen Interessen leiten zu lassen! Wir müssen als Land und als Gemeinschaft für das eintreten, was richtig ist. Es ist an der Zeit, dass die Bundesregierung eine klare Haltung zeigt – und nicht so peinlich und unwürdig wie bei der gestrigen Bundespressekonferenz in Berlin.

Wir stehen fest auf der Seite der Gerechtigkeit und des internationalen Rechts! Daher fordern wir die Bundesregierung sowie alle politischen und gesellschaftlichen Verantwortungsträger in Deutschland mit Nachdruck auf, die Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs uneinge-

schränkt, ohne Wenn und Aber und ohne Doppelmoral zu respektieren. Es ist an der Zeit, die bisherige bedingungslose Solidarität mit einem Kriegsverbrecher zu beenden und klare Konsequenzen zu ziehen.

Wir appellieren an die Bundesregierung, jegliche politische, finanzielle und militärische Unterstützung für israelische Kriegsverbrechen sofort einzustellen. Unser Land darf nicht länger durch Schweigen oder Unterstützung zur Fortsetzung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit beitragen. Handeln Sie jetzt – im Namen der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit und des internationalen Rechts!

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde!

Heute wende ich mich mit einer dringenden Frage auch an die Medien in unserem Land: Warum berichten Sie so selektiv? Warum erzählen Sie uns nicht die ganze Wahrheit?

Wenn es um die unzähligen Opfer und die verheerenden Zerstörungen in Gaza, Palästina oder dem Libanon geht – wenn diese überhaupt erwähnt werden – wird die Berichterstattung fast reflexartig mit einem Verweis auf die Angriffe vom 7. Oktober 2023 in Israel versehen. Natürlich war dieser Tag eine Tragödie, eine Tragödie, die uns alle erschüttert hat. Aber hier geschieht mehr als nur Erinnerung: Es findet eine gezielte Verschiebung der Perspektive statt.

Diese Verbindung wird benutzt, um die völkerrechtswidrigen Verbrechen Israels zu rechtfertigen und als angebliche „Selbstverteidigung“ darzustellen. Dabei wird bewusst verschwiegen, dass dieser Konflikt nicht am 7. Oktober begann. Dieser Konflikt hat eine Geschichte, eine bittere Geschichte von 76 Jahren – geprägt von Besatzung, Vertreibung, Diskriminierung und systematischer Apartheid. Eine Geschichte, die durch das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs und Berichte zahlreicher Menschenrechtsorganisationen unmissverständlich dokumentiert ist.

Und hier ist die zentrale Frage: Warum berichten Sie nicht über diese Vorgeschichte, wenn Sie über Täter und Opfer sprechen? Warum bleiben die Ursachen dieser Gewaltspirale in Ihren Berichten so oft ausgeblendet? Warum stellen Sie die systematische Entrechtung eines ganzen Volkes nicht in den Mittelpunkt?

Ohne diesen Kontext bleibt jede Berichterstattung einseitig und unvollständig. Sie verschweigt, was zur Eskalation geführt hat, und verschiebt die Verantwortung einseitig. Eine ehrliche und ausgewogene Berichterstattung würde den historischen und politischen Kontext aufzeigen – nicht, um Gewalt zu rechtfertigen, sondern um sie zu verstehen. Denn nur durch das Verstehen der Ursachen können wir Wege zum Frieden finden.

Deshalb appelliere ich hier an die Medien in Deutschland, einschließlich in Fulda: Seien Sie mutig, seien Sie ehrlich, seien Sie gerecht! Schreiben Sie die Wahrheit! Geben Sie den Opfern auf allen Seiten eine Stimme! Wir brauchen eine kritische, wahrheitsgemäße und umfassende Berichterstattung. Nur wenn wir die Wahrheit kennen und benennen, haben wir eine Chance, die Gewaltspirale zu durchbrechen und eine friedliche Zukunft für alle Menschen in der Region zu schaffen.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde!

Die schrecklichen Lektionen aus dem Holocaust sind eine eindringliche Mahnung an uns alle, wie wir im Falle von Völkermorden in Gegenwart und Zukunft handeln müssen:

Vergangene Völkermorde nicht vergessen! - Aktuelle Völkermorde nicht ignorieren!

Unsere historische Verantwortung als Deutschland gilt in diesem Sinne der Wahrung der Menschenwürde und des humanitären Völkerrechts, nicht der Unterstützung von Kriegsverbrechen und Völkermord Israels!

Deshalb lautet unser Appell:

Nie wieder schweigen! Nie wieder wegschauen! Nie wieder ignorieren! Nie wieder tolerieren und dulden! Nie wieder ein Teil der Beihilfe zu einem Völkermord sein!

Heute und hier sagen wir wieder laut und deutlich:

Wir werden solange nicht schweigen, bis der Genozid Israels in Gaza und Palästina ein Ende hat!

Wir werden solange nicht schweigen, bis die Kinder in Gaza nachts ohne Angst und Furcht einschlafen und morgens in Sicherheit und Frieden aufwachen können!

Wir werden unsere Demonstrationen hessenweit solange fortsetzen, bis es eine gerechte Zwei-Staaten-Lösung im Nahen Osten gibt!

Wir werden solange nicht schweigen, bis es Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten gibt!

Durch unsere Demonstrationen hessenweit wollen wir ein klares Zeichen setzen: Für die Geltung des Völkerrechts für alle Staaten, für die Gerechtigkeit, für die Menschenrechte und für den Frieden im Nahen Osten und überall in der Welt!

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde!

Vor allem sind die Kinder und Frauen die unschuldigen und wehrlosen Opfer dieser Verbrechen im Nahen Osten, die unser tiefstes Mitgefühl verdienen – doch sie verdienen noch mehr: unsere Entschlossenheit. Wir stehen an ihrer Seite, an der Seite der wahren Opfer dieser Kriegsverbrechen und dieses Völkermords. Auf keinen Fall stehen wir an der Seite eines Kindermörders oder eines Völkermörders!

Wer sich mit solchen Tätern solidarisiert, handelt nicht nur moralisch verwerflich, sondern auch verfassungswidrig und verstößt gegen die Grundsätze unseres Strafgesetzbuches. Unser Einsatz gilt der Gerechtigkeit und der Verteidigung der universellen Menschenrechte!

In diesem Zusammenhang will ich hier unsere Grundsatzposition zur Würde des Menschen und zum Schutz des menschlichen Lebens und zur Menschenwürde erneut klarstellen. Für die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen gilt das universelle Gebot im Qur'an: „Das Leben eines einzigen friedfertigen, wehrlosen und unschuldigen Menschen, unabhängig von seiner Herkunft oder seiner Religion, ob Palästinenser oder Israeli, ist genauso wertvoll wie das Leben der gesamten Menschheit.“ Dementsprechend haben wir als Islamische Religionsgemeinschaft Hessen, anders als alle

politischen Parteien und alle gesellschaftlichen Organisationen, Kirchen und der Zentralrat der Juden in Deutschland, ohne Wenn und Aber, die Gewalt und die Angriffe gegen die Zivilbevölkerung in Gaza und Israel aufs Schärfste verurteilt, und nicht nur seit dem 7. Oktober letzten Jahres. Wir rufen weiterhin sowohl die israelische Regierung als auch die Hamas auf, die Gewalt unverzüglich zu beenden, Geiseln und Gefangenen auf beiden Seiten freizulassen, zum Verhandlungstisch zurückzukehren und endlich mal einen aufrichtigen Friedensprozess mit einer gerechten Zweistaatenlösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 und im Interesse von beiden Völkern zu beginnen.

Zum Schluss will ich hier wie überall ausdrücklich unser wichtigstes Ziel ankündigen:

Gemeinsam mit euch und Friedensaktivisten Hessen und Deutschland weit werden wir unser gemeinsames Land Deutschland aus der Gefangenschaft der zionistischen Israel-Lobbyisten befreien!

Gemeinsam werden wir weiterhin von unserem Bundesland Hessen und unserer Heimat Deutschland aus unseren Beitrag zur Beendigung des Genozids in Gaza und zum Frieden und zur Gerechtigkeit im Nahen Osten leisten!